

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde

Staatsministerin Christine Haderthauer

Abg. Hans-Ulrich Pfaffmann

Abg. Joachim Unterländer

Abg. Harald Güller

Abg. Tanja Schweiger

Abg. Renate Ackermann

Abg. Dr. Annette Bulfon

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes

(Drs. 16/12782)

- Erste Lesung -

Der Gesetzentwurf wird vom Vertreter der Staatsregierung begründet. Das ist Frau Staatsministerin Haderthauer. Bitte sehr.

Staatsministerin Christine Haderthauer (Sozialministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz ist bundesweit ein Erfolgsmodell. Gerade deshalb wollen wir es ein Stückchen weiterentwickeln, fortschreiben und an die immer wieder neu entstehenden Herausforderungen gezielt anpassen.

Warum sage ich, es ist ein Erfolgsmodell? Weil der Ausbau der Kinderbetreuung in Bayern nur durch die kindbezogene Förderung, flankiert von den Bundesmitteln, so dynamisch vorangebracht werden konnte wie sonst nirgends. Bayern hat als eines der wenigen Bundesländer die Bundesmittel vollständig an die Kommunen durchgereicht. Das darf man ruhig immer wieder einmal hervorheben. Gleichzeitig haben wir im Rahmen der Investitionskostenförderung Landesmittel in Höhe von 600 Millionen Euro draufgelegt. Mit dieser Förderung haben es unsere Kommunen inzwischen geschafft, bei den Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren eine durchschnittliche Ausbaquote von 30 % zu realisieren. Wir fördern dabei jeden Platz, egal ob er von Memmingen, Hof oder München beantragt wird.

Es ist das einzige Förderprogramm, das ohne Deckelung zur Verfügung steht, eine Tatsache, die dem Herrn Finanzminister manchmal Kopfzerbrechen bereitet, aber gleichzeitig auch eine Tatsache, die unsere Kommunen in die Lage versetzt - so sie es wollen und so sie sich verantwortungsvoll verhalten -, den Rechtsanspruch nächstes Jahr zu erfüllen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben die Qualität in den Einrichtungen verbessert und vor allem dem Thema Inklusion eine hervorragende Bedeutung verschafft. Wir haben die Zahl der Kinder mit bestehender oder drohender Behinderung in der Kinderbetreuung und der Tagespflege in Bayern seit Einführung des BayKiBiG um 76 % erhöhen können. Die Zahl der Kinder mit Migrationshintergrund in bayerischer Kinderbetreuung haben wir allein in den letzten drei Jahren um fast 30 % erhöhen können.

Das liegt auch daran, dass wir die Inklusion ganz gezielt über den Basiswert, den Gewichtungsfaktor und die entsprechenden Förderregelungen voranbringen und diese Kinder mit einem entsprechenden Förderanteil unterstützen.

Dementsprechend haben sich unsere Haushaltsansätze seit Einführung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes beinahe verdoppelt, und zwar bei der Betriebskostenförderung von 564 Millionen Euro im Jahr 2005 auf jetzt über eine Milliarde Euro im Jahr. Damit liegt der Anteil der staatlichen Grundkosten, der im Jahre 2005 bei 39,7 % lag, heute bei 44,3 %. Das ist etwas, was wir den Kommunen abgenommen haben. Nach der Verbesserung durch diese Gesetzesnovelle werden wir in diesem Jahr bei einem Staatsanteil von circa 46 % in der Kinderbetreuung liegen und im nächsten Jahr bei 47,5 %.

Die Änderungen im BayKiBiG, die dieser Antrag enthält, werden den Freistaat zusätzlich 185 Millionen Euro pro Jahr kosten. Die Schwerpunkte der Weiterentwicklung liegen vor allen Dingen in der Qualitätsverbesserung, insbesondere in der weiteren Absenkung des Mindestanstellungsschlüssels, der jetzt neu auf 1 : 11,0 gesenkt wird. Das ermöglicht kleinere Gruppen und bringt mit der Förderung des Freistaates, der hier den kommunalen Anteil der Kosten entsprechend übernimmt, dem Träger noch bessere Möglichkeiten, den empfohlenen Anstellungsschlüssel von 1 : 10 zu verwirklichen und sich diesem noch stärker anzunähern.

Wir bezuschussen außerdem zu Beginn des neuen Kindergartenjahres den Elternbeitrag für das letzte Kindergartenjahr mit 50 € pro Monat und ab dem nächsten Kindergartenjahr mit 100 € pro Monat. Das sind zunächst 60 Millionen Euro und im folgenden Jahr 125 Millionen Euro.

(Beifall bei der CSU)

Wir erhöhen die Attraktivität der Tagespflege als Alternative zur Krippe, indem wir Regelungen eingezogen haben, die dafür sorgen, dass sich der Elternbeitrag für die Tagesmütter nicht zu sehr von den Beiträgen für die Krippe nach oben entfernt. Außerdem wird das Förderverfahren vereinfacht und die Großtagespflegestellen werden einrichtungsähnlich gefördert.

Persönlich wichtig ist mir auch der Schwerpunkt, die Hortförderrichtlinien durch eine Veränderung der Mindestbuchungszeiten so anzupassen, dass sie sich noch besser mit dem Ganztagschulbetrieb kombinieren lassen. Damit bekommen wir eine Verbesserung für die Schulkinder bei den Rand- und Ferienzeiten. Ich denke, dass der Schulkindnachmittag in einer Zeit, in der der Krippenausbau politisch so sehr im Vordergrund steht, zu Unrecht etwas in den Hintergrund gerückt ist. Ich möchte deshalb auch diese Verbesserung ganz gezielt ansprechen, weil wir hier die meisten Probleme für die Familien dann haben, wenn der Schulkindnachmittag nicht ordentlich organisiert werden kann.

Mir war auch wichtig, die Pflicht zu verankern, dass Schule und Jugendhilfe in Zukunft die Betreuungssituation gemeinsam planen müssen. Wir müssen hier sozusagen vom Kind her ganzheitlich denken.

Ein letzter Punkt ist für mich die Verbesserung der Landkindergartenregelung. Dort soll der Anwendungsbereich von 22 auf 25 Kinder erhöht werden. Das kommt unseren demografischen Anforderungen entgegen. Denn wir sagen "kurze Beine, kurze Wege".

(Beifall bei der CSU - Joachim Unterländer (CSU): Sehr, sehr gut! Echte Betreuungsleistung!)

Das soll sowohl für die Schulpolitik als auch für die Kinderbetreuung gelten. Die Anwendungsfälle werden sich dadurch um 15 % erhöhen. Das heißt, viele werden davon Gebrauch machen können.

Die Gesetzesänderungen entsprechen auch dem, was wir in der Praxis immer wieder aufgenommen haben. Ich glaube, sie sind tauglich, um die Erfolgsgeschichte des BayKiBiG fortzuschreiben. Ich bitte deshalb um Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen herzlichen Dank, Frau Staatsministerin. Wir kommen zum ersten Debattenredner. Für die SPD-Fraktion darf ich Kollegen Pfaffmann das Wort erteilen.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war schon immer eine Stärke der Vertreter der Bayerischen Staatsregierung, Themen schönzureden und mit schönen Worten eine Situation zu zeichnen, die in keinem Falle der Realität an den bayerischen Einrichtungen entspricht. Frau Ministerin Haderthauer, Sie sagen, das BayKiBiG sei ein Erfolgsmodell.

(Joachim Unterländer (CSU): Stimmt!)

Sie erwecken den Eindruck, dass es das Beste wäre für die Kindergärten. Sie verkennen die Realität komplett. Sie verkennen, dass die Gruppen zu groß sind und dass wir keine Fachkräfte mehr bekommen. Alleine in München fehlen 50 Erzieherinnen und Erzieher. Diese Stellen können nicht mehr besetzt werden.

(Joachim Unterländer (CSU): Das ist Sache der Stadt und da fehlen auch die Krippenplätze!)

Kein Ton zu diesem Problem.

(Joachim Unterländer (CSU): Das sind alles Probleme der Stadt!)

Wir werden im Ausschuss genügend Gelegenheit haben, die einzelnen Bestandteile dieser Novelle zu besprechen. Deswegen will ich mich auf ein paar Grundsätze konzentrieren. Es wird der Eindruck erweckt, als wäre eine Qualitätsverbesserung die Folge dieser Novellierung des BayKiBiG. Mitnichten wird es ein Mehr an Qualität geben!

Ich darf vielleicht kurz an die Grundlage zur Einführung des Gesetzes erinnern. Der Einführung lag das pädagogische Konzept des Bayerischen Erziehungs- und Bildungsplanes zugrunde. Darauf sollte sozusagen das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz abgestellt werden. Schon damals war im Bildungs- und Erziehungsplan ein Anrechnungsschlüssel von 1 : 8 von Ihren eigenen Behörden vorgeschlagen worden. Das können Sie im damaligen Kapitel 3 nachträglich nachlesen. Sie haben auf einen Schlag das Kapitel 3 gestrichen und somit den Mindestanstellungsschlüssel deutlich erhöht. Angesichts einer Reduzierung von 1 : 11,5 auf 1 : 11,0 nunmehr von "Qualitätsverbesserung" zu sprechen, obwohl man einen Schlüssel von 1 : 8 bräuchte, halte ich schon für ein starkes Stück. Insgesamt wird es jedenfalls keine Qualitätsverbesserung geben.

Wir haben von Ihnen keinen Ton zu der Situation der U-3-Kinder gehört. Was sagen Sie denn dazu? Es gibt keine Veränderung der U-3-Gruppengröße; diese liegt bei 12 bis 13 Kindern, und das bei den Kleinsten! Da Sie daran nichts ändern, wird es auch insoweit keine Qualitätsverbesserung geben.

Sie haben so leicht dahingesagt: Wir reduzieren den Mindestanstellungsschlüssel und schaffen 260 zusätzliche Stellen in den Kinderbetreuungseinrichtungen. - Die Wahrheit ist: Sie können diese 260 Stellen überhaupt nicht besetzen, weil der Markt leergefegt ist. Alle Anträge und sonstigen Versuche mit dem Ziel, diesen Beruf attraktiver zu machen, wurden von Ihnen abgelehnt.

Ich will weiter die Statistik bemühen. Sie blenden in Ihren Wortmeldungen immer wieder aus, dass Bayern bei der Qualität der Kinderbetreuung bundesweit seit Jahren an letzter Stelle steht - von wegen Qualitätsverbesserung! Bayern wird hinsichtlich der Qualität der Kinderbetreuung schlechter beurteilt als alle anderen Bundesländer. Das müssen Sie trotz Ihres so hoch gelobten Erfolgsmodells BayKiBiG einmal zur Kenntnis nehmen.

Ich will einen Satz zu den Elternzuschüssen sagen. Sie behaupten, Sie würden den Einstieg in das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr ermöglichen. Sie beantworten aber keine einzige Frage dazu, wie es dann weitergehen soll. Was ist mit dem zweiten, was mit dem dritten Jahr? Nichts! Sie verteilen Geschenke ohne Konzept. Das ist die Grundlage Ihrer Novellierung.

Ferner behaupten Sie, Verwaltungsverfahren würden vereinfacht. Das Gegenteil ist der Fall. Beispiel Inklusion: Bisher reichte ein Attest der Ärzte für die Gewährung des Gewichtungsfaktors 4,5. Künftig werden die Dinge erschwert. Das Attest reicht nicht mehr, sondern es müssen weitere Kriterien erfüllt werden, und die Eltern müssen das alles organisieren. Mit der Novelle vereinfachen Sie Verwaltungsabläufe nicht, sondern Sie erschweren sie, liebe Frau Ministerin.

Kurz und gut: Diese Novellierung des BayKiBiG ist eine bittere Enttäuschung - sowohl für die Eltern als auch für die Träger als auch für die Kinder. Von Qualitätsverbesserung kann überhaupt keine Rede sein.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die CSU-Fraktion darf ich nunmehr das Wort an Kollegen Joachim Unterländer weiterreichen. Bitte schön.

Joachim Unterländer (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann nicht nachvollziehen, warum Sie nicht erkennen, dass in den Kinderbe-

treuungseinrichtungen - Kindertagesstätten und Krippen - im Freistaat Bayern hervorragende Arbeit geleistet wird. Ich möchte mich an dieser Stelle sehr herzlich bei den Erzieherinnen und den Trägern bedanken, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU - Lebhaftige Zurufe von der SPD)

- Ihre Reaktion zeigt mir, dass das ein Treffer war.

(Weitere Zurufe von der SPD - Glocke des Präsidenten)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Einführung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes vor sechs Jahren hat zwei wichtige Ergebnisse gebracht: Auf der einen Seite wurden die Finanzierungsgrundlagen stabilisiert; das war die Absicht des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes, um dem Bedarf, der jetzt kommunal ermittelt wird, zielgenauer und damit besser entsprechen zu können. Auf der anderen Seite gab es eine qualitative Weiterentwicklung, was die Verknüpfung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes mit dem Bildungs- und Erziehungsplan anbelangt. Sie werden in der Bundesrepublik Deutschland kaum ein Gesetz zur Kinderförderung finden, das eine so enge Verknüpfung zwischen dem Förderrecht und dem inhaltlichen Aspekt, dem Bildungs- und Erziehungsplan, herstellt. Das zeigt, dass die qualitativen Komponenten in der bayerischen Kinderbildungs- und -betreuung eine entscheidende Rolle spielen.

Meine Damen und Herren! Seit Einführung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes hat sich die Situation nachhaltig weiterentwickelt und verbessert. Wir haben entsprechende Angebote massiv ausgebaut, um dem Bedarf gerecht werden zu können. Das war möglich, weil dieses Gesetz die Grundlage für eine Förderung aller Betreuungseinrichtungen vom frühkindlichen Bereich bis hin zu Horten geliefert hat. Vor Einführung des BayKiBiG hatten wir eine ganz andere Situation.

Die Einführung von Gewichtungsfaktoren ermöglicht eine zielgenaue Förderung. Wir, die Koalition aus CSU und FDP, haben zu Beginn der Legislaturperiode die Zusage

gegeben, das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz weiterzuentwickeln. Dieser Zusage kommen wir klar erkennbar nach. Das gilt auch für die Verbesserung der Rahmenbedingungen, die für die CSU-Landtagsfraktion eindeutig Priorität hat. Wir sagen: Wir befinden uns auf einem Weg, sind aber noch nicht an dessen Ende. Beim Anstellungsschlüssel und auch beim Basiswert muss es zu weiteren Verbesserungen kommen.

Herr Kollege Pfaffmann, Sie haben vorhin von einem Schlüssel von 1 : 8 gesprochen. Versichern Sie sich einmal der aktuellen Situation! Im Freistaat Bayern gibt es schon zahlreiche Einrichtungen, die das Kriterium eines Anstellungsschlüssels von deutlich unter 1 : 10 erfüllen. Wir haben also durchaus schon die entsprechende Qualität. Wir brauchen aber auch die entsprechenden Rahmenbedingungen. Dass der Mindestanstellungsschlüssel weiter auf 1 : 11,0 verbessert wird, ist ein großer Erfolg, der dieser Koalition zugute zu halten ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir gewähren einen Zuschuss als Einstieg in das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr. In der Konsequenz werden die Elternbeiträge erheblich reduziert. Die jährliche Entlastung beträgt zunächst einmal 600 Euro.

Die Frau Staatsministerin ist auf weitere Eckpunkte der Novellierung eingegangen. Es ist besonders wichtig, dass die Landkindergartenregelung im Interesse der Einrichtungen in kleinen Kommunen verbessert wird. Ferner ist uns wichtig, dass die Gastkinderregelung und die Verwaltungsbedingungen verbessert werden; insoweit gibt es Handlungsbedarf. Wir sind zuversichtlich, dass wir im Dialog mit den Einrichtungen und Trägern - Frau Franke von der Caritas und Herr Feichtl von der AWO sind hier vertreten - weiter vorankommen werden. Wir sind stolz auf unsere Trägervielfalt. Im weiteren Gesetzgebungsverfahren müssen wir beraten, wie wir dieses Gesetz konstruktiv im Sinne der Kinder, der Eltern, der Erzieherinnen und der Träger weiterentwickeln können. Ich freue mich auf das Gesetzgebungsverfahren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Bitte bleiben Sie noch! Es gibt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Güller. Bitte schön.

Harald Güller (SPD): Herr Kollege Unterländer, wäre es zu viel von Ihnen verlangt, endlich zur Kenntnis zu nehmen, dass die sozialdemokratische Fraktion in diesem Hause die Arbeit aller in der Kinderbetreuung Tätigen sehr, sehr hoch einschätzt, dass wir sie wertschätzen? Das Problem ist, dass die Rahmenbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch Ihre schlechten Gesetze sehr ungünstig sind und die Einrichtungen finanziell schlecht ausgestattet sind.

(Beifall bei der SPD)

Nehmen Sie doch bitte zur Kenntnis, dass der Betreuungsschlüssel so schlecht ist und trotzdem hervorragende Arbeit geleistet wird. Unser Anliegen ist, die Arbeit aller Beteiligten besser und noch effektiver zu machen, und zwar durch Ablehnung Ihres Gesetzesvorschlages und durch weitergehende Verbesserungen sowie dadurch, dass wir mehr Geld in das System hineingeben, anstatt ein unsinniges Betreuungsgeld wie eine Monstranz vor uns herzutragen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Unterländer, zur Erwiderung, bitte.

Joachim Unterländer (CSU): Dann müssen Sie es anders formulieren, als Sie es vorhin getan haben. Sie reden ständig die Rahmenbedingungen schlecht, anstatt konstruktiv an einer Weiterentwicklung mitzuarbeiten.

(Harald Güller (SPD): Die Rahmenbedingungen sind schlecht! Die Arbeit der Leute ist gut!)

Das ist nicht im Sinne der Kinderbetreuungslandschaft im Freistaat Bayern, die wir konstruktiv weiterentwickeln wollen. Tun Sie das mit uns, dann leisten Sie eine gute Arbeit.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Tanja Schweiger für die FREIEN WÄHLER.

Tanja Schweiger (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist kaum zu glauben, dass man an diesem Plenartag am Abend noch so hitzige Diskussionen führen kann. Das zeigt aber, dass das Thema für alle sehr wichtig und bewegend ist.

Wir haben über ein Jahr auf die Novellierung gewartet. Letzte Woche hat es uns etwas verwundert, dass es dann doch so schnell gehen musste. Erst am Donnerstag haben wir den Gesetzentwurf bekommen, und diese Woche hätte er schon im Ausschuss beraten werden sollen. Ich möchte mich an dieser Stelle bei Frau Meyer bedanken, die diesen Punkt auf der Tagesordnung letztlich um zwei Wochen verschoben hat, um noch ein wenig Luft zur Vorbereitung zu lassen. Es ist schade, dass nicht genügend Zeit ist, um alles in Ruhe mit den Verbänden zu diskutieren. Die Verbände haben im letzten Jahr bei der Anhörung einen großen Katalog vorgelegt. Unserer Meinung nach ist davon nicht viel umgesetzt worden.

Ich schließe mich sehr gerne der Ministerin an, die zu Beginn ihrer Rede gesagt hat, das BayKiBiG sei ein Stückchen weiterentwickelt worden. Ich kann dazu sagen, es ist ein wenig mit eingeflossen. Ein großer Wurf ist jedoch noch nicht zu erkennen. Positiv herausstellen wollen wir die Landkindergartenregelung, mit der für kleine Kindergärten im strukturschwachen oder dünn besiedelten Raum etwas getan worden ist. Positiv war auch die Einführung des Basiswertes plus. Auch wenn das im Moment nicht viel ist, ist es doch eine Abkehr vom bisherigen System. Man hat gesagt, man müsse eine zusätzliche Schraube einführen, um die Qualität verbessern zu können. Das ist im Mo-

ment noch nicht allzu viel, aber zumindest haben wir von der Systematik eine Grundlage, um darauf aufbauen können, nachdem wir uns alle einig sind, wie wichtig die frühkindliche Bindung ist.

Ich möchte mich der Auffassung anschließen, dass die Förderung vonseiten des Staates in Bezug auf Investitionen - alles, was die Neubauten angeht - sehr gut war. Die Förderung war vorhanden, aber die Umsetzung wurde nur deshalb positiv vorgenommen, weil die Kommunen eine hervorragende Arbeit geleistet haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Gerade die kleineren Gemeinden haben ihre Hausaufgaben sehr gut gemacht. Eines jedoch fehlt noch - die Kollegen haben es vorhin Qualität genannt -: Unter dem Strich geht es um noch mehr Zeit für die Kinder, die für uns alle im Mittelpunkt stehen sollten. Es liegt daran, dass zu wenig Geld im System ist, auch wenn in den letzten Jahren deutliche Mehrausgaben festzustellen waren. Das gilt auch für Ausgaben vonseiten des Staates; von der Ministerin wurde das entsprechend vorgetragen.

Man darf jedoch nicht vernachlässigen, dass auch die Kommunen seit Einführung des BayKiBiG in etwa 500 Millionen Mehrausgaben zu verzeichnen hatten. Da die Aufgabe gesamtgesellschaftlich anerkannt ist, müssen wir an allen Schrauben drehen und mehr Geld in das System bringen. Deshalb möchte ich eine deutliche Anpassung des Basiswertes kritisch anmahnen. Der Basiswert ist niedrig. Egal, mit wem man spricht, jeder sagt, es gibt zu wenig Verfügungszeit, es gibt zu wenig Zeit für Elterngespräche oder es ist zu wenig Zeit für Leitung. Hier muss auf jeden Fall nachgebessert werden. Sie haben vorhin von Inklusion gesprochen, Frau Ministerin. Es sind aber nicht die Risikokinder berücksichtigt, für die es im Moment Jugendhilfe gibt. Es sind viele ADHS-Kinder betroffen, die in keiner Weise berücksichtigt sind, obgleich die Problematik mittlerweile nicht mehr zu vernachlässigen ist.

Es fehlt auch ein Konzept der Staatsregierung zur Gewinnung von Fachkräften. Wir wissen alle, dass ein riesiger Fachkräftemangel besteht und die Situation von Jahr zu

Jahr schwieriger wird. Daher wird man unabhängig vom BayKiBiG in diesem Zusammenhang Anstrengungen unternehmen müssen.

Lassen Sie mich auf einen gewissen Systembruch hinweisen. Sie haben vorhin von einem empfohlenen Faktor von 1 : 10 gesprochen. Herr Kollege Unterländer sagt, in vielen Kindergärten hätten wir schon einen Faktor von 1 : 8. Das liegt aber nicht daran, dass der Staat so tolle Unterstützung leisten würde, sondern daran, dass die Kommunen und Träger den Großteil leisten. Ich möchte das gesagt haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Bei der Erstattung des kostenfreien Kindergartenjahres ist es wichtig, eine Pauschalabrechnung vorzunehmen. Es kann nicht sein, dass die Kommunen und Träger zusätzlich geleistetes Geld zurücküberweisen müssen, wenn am Schluss 3,50 Euro übrig bleiben. Das wäre ein wahnsinniger Bürokratieaufwand.

Abschließend: Nachdem Sie gesagt haben, Sie empfinden den "Basiswert plus" als Abkehr vom System, den wir als zusätzliche Stellschraube im System toll finden, sind wir auch der Meinung, dass zusätzlich eine pauschale Sockelfinanzierung notwendig ist, die die Vorteile, die die kindbezogene Förderung hat, aber auch die Nachteile ausgleicht. Es geht um die Randzeiten, die Leitungszeiten, die Elterngespräche und um die Belastung der Mitarbeiter, die aufgrund der Flexibilität, die zu begrüßen ist, monatlich eine Veränderung ihrer Arbeitszeit hinnehmen müssen. Das trägt nicht zur Attraktivität des Berufes bei. Es ist für uns ein Grund zu sagen: Wir brauchen unabhängig von dem, was kindbezogen ist, eine pauschale Grundausstattung für die Einrichtungen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich hätte noch mehr zu sagen gehabt, aber ich wollte die Geduld des Präsidiums nicht überstrapazieren. Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Nächste Rednerin: Frau Kollegin Ackermann von den GRÜNEN.

Renate Ackermann (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie uns mal einen Blick auf die Geschichte des sogenannten Erfolgsmodells BayKiBiG werfen. Gegen den Widerstand und die Kritik durch Verbände im Vorfeld ist das BayKiBiG vor sechs Jahren verabschiedet worden. Daraufhin wurde die Kritik jahrelang ignoriert und das Gesetz schöngeredet. Zwei Anhörungen mit massiver Kritik blieben ohne Konsequenz. Hunderte von Petitionen wurden nicht gehört. Die Opposition, die die Meinung der Verbände ernst nahm, wurde in die Nöglerecke gedrängt. Erst als ein Gericht die Gastkinderregelung als nicht gesetzeskonform gewertet hat, hat man sie fallengelassen. Das ist die Geschichte des Erfolgsmodells bis jetzt.

Dann kam die Inklusion dazu, die UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung, die in das Gesetz hätte eingearbeitet werden müssen. Man hat sich entschlossen, das Gesetz zu überarbeiten. Das war vor zwei Jahren. Seitdem warten wir verzweifelt auf einen Gesetzentwurf. Bereits letztes Jahr im Sommer war er überfällig. Nun hätte man erwarten können, dass das ein ganz gewaltiges Werk wird. Wenn man aber sieht, was dabei herausgekommen ist, dann muss man das eher als Bauchlandung sehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Verbände haben natürlich wieder Stellungnahmen abgeben dürfen. Diese Stellungnahmen sind aber nicht in das Gesetz eingeflossen. Die erneute Kritik der Verbände möchte ich Ihnen gerne vortragen. Die Wohlfahrtsverbände sagen: Von den versprochenen zusätzlichen Investitionen in Höhe von 185 Millionen Euro fließt nur knapp ein Fünftel in neue Stellen für Erzieherinnen. Das sagt die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Bayern: Das meiste Geld dient dazu, die Elternbeiträge im dritten Kindergartenjahr zu verringern.

Die GRÜNEN sind von Anfang an dagegen gewesen, weil wir immer gesagt haben: Wir wollen zuerst Qualität, dann die Kostenfreiheit. Das ist der richtige Weg, denn so kann die Qualität in den Kindergärten verbessert werden. Die Wohlfahrtsverbände bescheinigen das deutlich. Weiter sagen sie: Für die etwa 500.000 Kinder in den 8.400 bayerischen Kindertageseinrichtungen bedeutet dies sechs Euro pro Kind und Monat. Damit drohe der Qualitätsschub, so die Frau Ministerin, zu Schubumkehr zu werden. Die Wohlfahrtsverbände gehen sogar noch weiter. Sie richten einen flehentlichen Appell an uns Abgeordnete, uns für die Zukunft unserer Kinder einzusetzen und deutlich bessere Rahmenbedingungen zu schaffen. Die katholische Kirche, die nicht verdächtigt wird, von den GRÜNEN beeinflusst zu werden, sagt: Das Gesetz bleibt hinter den notwendigen Änderungen zurück. Für die Umsetzung der Inklusion fehlen die expliziten finanziellen und personellen Rahmenbedingungen. Der Bayerische Städtetag sagt: Der "Basiswert plus" reicht nicht zur Abdeckung der Mehrkosten für die Kommunen.

Das ist das vernichtende Urteil der Verbände über Ihr Gesetz. Ich schließe mich nicht nur an, sondern sage: Eigentlich ist es eine ganz große Enttäuschung, dass es dieses Gesetz nach sieben Jahren wieder nicht geschafft hat, für Kinder Qualitätsverbesserungen zu erreichen. Den Ausbau der Kinderkrippen für die Kinder unter drei Jahren werden Sie nicht hinbringen. Die Zahlen, die Sie nennen, sind genauso geschönt wie Ihre Rede zur Qualität des Gesetzes.

Was die Kinder erwartet, wenn sie in die Kinderkrippen oder in die altersgeöffneten Einrichtungen kommen, ist beschämend; denn es fehlt an Personal, die Gruppen sind zu groß und die Erzieherinnen haben keine Zeit. Das alles vertreten Sie. Sie stellen sich hierher und bezeichnen das BayKiBiG als Erfolgsmodell. Frau Ministerin Haderthauer, Ihnen muss man einmal sagen, was ein Erfolgsmodell ist. Das BayKiBiG gehört jedenfalls nicht dazu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Die nächste Rednerin in der Debatte ist für die FDP-Fraktion Frau Dr. Annette Bulfon. Bitte schön.

Dr. Annette Bulfon (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Das Wichtigste vorweg: Das Wichtigste an der Novelle des BayKiBiG ist der Einstieg in das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr. Die Gründe, die dafür sprechen: Wir entlasten die Familien in der Mitte unserer Gesellschaft. Wir verteilen die Kosten für Kinder auf mehrere Schultern. Das ist gerade in unserer Zeit das Wichtigste. Eine Gesellschaft, in der Kinder zur Welt kommen, ist eine Gesellschaft, die eine Zukunft hat.

An dieser Stelle möchte ich noch einen zweiten wichtigen Grund nennen. Wir verstehen das BayKiBiG als Signal, die frühkindliche Bildung aufzuwerten. Nobelpreisträger Heckman sagt: Investitionen gerade in die frühkindliche Bildung sind besonders lohnend.

(Beifall bei der FDP)

Wir entlasten und verbessern gleichzeitig. Wie kommt das zustande? 100.000 Familien erhalten ab September einen Beitragszuschuss von 50 Euro pro Monat. Das sind insgesamt 600 Euro pro Jahr. Im nächsten Doppelhaushalt wollen wir noch weiter gehen. Auf der anderen Seite ist uns die Qualität wichtig. Wir verbessern den Mindestanstellungsschlüssel, der bisher bei 1 : 11,5 lag, auf 1 : 11. Das entlastet die Kommunen. Letztendlich wird der staatliche Anteil, der in Bayern ohnehin sehr hoch ist, nochmals erhöht.

Des Weiteren hat sich die FDP-Fraktion für sechs weitere Punkte eingesetzt, die das BayKiBiG betreffen. Es ist gut, dass die Gastkinderregelung abgeschafft wird. Darüber sind wir uns alle einig. Wir wollen und wünschen uns, dass das Wahlrecht der Kinder und vor allem der Familien gestärkt wird. Die Familien sollen die Kindertageseinrichtungen selbst wählen können. Selbstverständlich liegt uns der strukturschwache ländliche Raum besonders am Herzen. Deswegen haben wir die spezielle Form der Groß-

agespflege eingeführt und verbesserte Förderbedingungen für die Landkindergärten geschaffen. Der ländliche Raum braucht Arbeit und Kinder. Das bedeutet Zukunft.

Außerdem ist es wichtig, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken. An dieser Stelle wollen wir die Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe besonders stärken. Wir machen die Kindertagespflege attraktiv. Derzeit ist sie es noch nicht. Sie muss attraktiver gestaltet werden, da die Beiträge für die Kinderkrippen günstiger sind als die Beiträge für die Kindertagespflege. Im Prinzip müssten wir viel stärker in die Kindertagespflege gehen. Kindertagespflegerinnen sind momentan in Bayern unterrepräsentiert. Der Ausbau der Stellen für Kindertagespflegerinnen ist ein wichtiger Punkt. Die Kommunen können wir somit vor einer Klagewelle schützen, die durch den Rechtsanspruch droht.

Den Inklusionsauftrag nehmen wir ernst. Ein Gewichtungsfaktor von 4,5 ist ein gutes Signal. Der Inklusionsauftrag wird an dieser Stelle noch einmal klargestellt. Wichtig ist, dass wir für die Chancengleichheit stehen. Der Vorkurs "Deutsch 240" ist wichtig, damit die Kinder aus dem letzten Kindergartenjahr gut in die Grundschule kommen. Damit profitieren Sie von einer Chancengerechtigkeit, die für Bayern wichtig ist.

Ich komme zum Schluss. Die FDP-Fraktion hat mit all diesen Maßnahmen die Zukunft der Familie, die Zukunft der frühkindlichen Bildung und die Zukunft der Gesellschaft ganz allgemein fest im Blick.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Abschließend darf ich Frau Staatsministerin Haderthauer das Wort geben, damit sie zusammenfassend Stellung nehmen kann.

Staatsministerin Christine Haderthauer (Sozialministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte auf die falschen Behauptungen eingehen, die man nicht so stehen lassen kann. Zwar kann man sagen: Das ist die Erste Lesung.

Alles kann noch diskutiert werden. Es gibt jedoch kein Bundesland, egal ob es von Rot, Grün oder anderen Farben regiert wird, das mehr fördert als Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Herr Pfaffmann, Sie haben behauptet, wir würden zu wenig fördern. Die Länder, die von Ihren Genossen regiert werden, haben Sie damit in Grund und Boden geredet, weil dort wesentlich weniger gefördert wird als hier. Dank der hervorragenden Förderbedingungen des Freistaates haben wir einen Anstellungsschlüssel, der weit über dem Mindestanstellungsschlüssel liegt. Der durchschnittliche Anstellungsschlüssel liegt bei den bayerischen Einrichtungen bei 1 : 10. Wir fördern so gut, dass die Einrichtungen noch viel mehr verwirklichen können, als unsere Mindestgrenzen vorsehen. Sie sollten sich vielleicht noch etwas besser einarbeiten. Der Anstellungsschlüssel zeigt nicht das Personal-Kind-Verhältnis an. Das ist ein Unterschied, Herr Pfaffmann. Außerdem gilt das für alle Einrichtungen, also auch für Krippen.

Damit man es sich bildlich vorstellen kann, sage ich zum Personal-Kind-Verhältnis im Klartext: Bei den Kindern über drei Jahren kommt eine Fachkraft auf acht Kinder. Bei den Kindern bis zu drei Jahren kommt eine Fachkraft auf vier Kinder. Damit sind wir bundesweit an der Spitze.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die kindbezogene Förderung ist ein Exportschlager. Immer mehr Bundesländer schauen sich genau diese Förderung ab, um sie bei sich zu importieren.

Zum Fachkräftemangel haben wir ein umfassendes Konzept entwickelt. Es greift bereits. Aber ich bin immer dafür, die Dinge dort zu diskutieren, wo sie hingehören. Hier reden wir jetzt aber über den Gesetzentwurf zum BayKiBiG.

Ich erwähne noch zwei Dinge am Rande. Die Verfügungszeit - das höre ich immer wieder und sage es auch immer wieder - ist in den Basiswert eingepreist, liebe Frau

Schweiger. Wenn sich Träger nicht daran halten, dann sollten die Erzieherinnen darauf pochen, dass das Beabsichtigte auch gelebt wird.

Zur Kritik der Verbände. Liebe Frau Ackermann, es ist der Job der Verbände, ihre Interessen zu transportieren. Die Verbände sind sich aber nicht einig. Der Städtetag will etwas anderes als die Trägerverbände usw. Wir haben alles, was wir daraus an Erkenntnissen gewinnen konnten, miteinander verbunden, soweit es dem Wohl unserer Kinder und den Rahmenbedingungen der Fachkräfte dient.

Wenn wir aber einmal soweit sind, dass kein Verband irgendeinen Einwand erhebt, dann fördern wir nicht zu 100, sondern zu 200 % und geben den Verbänden wahrscheinlich auch noch Schweigegeld hinzu. Vorher haben die Verbände immer irgendwelche Einwände.

Insofern nehmen wir alle Einwände ernst. Wir kennen sie alle. Aber entweder sind sie positiv erledigt oder in der Abwägung unterlegen.

Ich kann nur eines sagen: Den Ausbau der Kinderbetreuung muss nicht ich hinbekommen, den müssen die Kommunen schaffen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Aber in keinem Land werden die Kommunen dabei derart gepampert wie in Bayern. Das heißt, die besten Voraussetzungen, diese Herausforderung zu bewältigen, haben die bayerischen Kommunen.

Bei den meisten Kommunen in Bayern gibt es bereits Bedarfsdeckung. Mir haben schon die ersten Kommunen gesagt - wahrscheinlich kommen Sie nicht so weit herum; über München kommen Sie nicht hinaus; deswegen wissen Sie das nicht -, sie bemühten sich aktiv um Kinder, damit die Krippen voll bleiben, die sie gebaut haben. Die haben zum Teil eine Bedarfsdeckung von über 100 %. Diesen Kommunen fehlen eher die Kinder als Krippenplätze.

Ich sage es noch einmal: Die Kommunen in Bayern haben hervorragende Förderbedingungen. Deswegen werden wir in Bayern den Ausbau perfekt hinbekommen, jedenfalls für die Bürgermeister, die das wollen. Für diejenigen Bürgermeister, die es nicht wollen, kann ich die gemeindliche Entscheidung nicht ersatzweise im Namen des Freistaates Bayern treffen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Damit ist die Aussprache geschlossen.

Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? - Das ist der Fall. Dann ist so beschlossen.